

II- 1068 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 5. Juli 1972

No. 561/J

A n f r a g e

der Abg. Staudinger, Dr. Hubinek
und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Konsequenzen aus der Umweltschutzkonferenz der
UNO in Stockholm

In der UNO-Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm vom 5.-16. Juni 1972 wurden eine Reihe von Empfehlungen beschlossen, die Konsequenzen der österreichischen Behörden nach sich ziehen sollten. So wurde in der Empfehlung der Konferenz (Nr. 227, A/CONF. P. 48, CRP P. 14) gefordert, daß unter der Federführung der World Meteorology Organization mindestens 10 Basisstationen zur Überwachung atmosphärischer Langzeitwirkungen (einschließlich klimatischer Veränderungen) sowie mindestens 100 weitere regionale Überwachungsstationen errichtet werden sollen.

Hier läuft ein interessantes Großprojekt an, an dem sich Österreich beteiligen müßte.

- a) Österreich sollte als Fremdenverkehrsland im Sinne eines europäischen Großerholungsraumes aktiv an der Umweltkontrolle mitwirken.
- b) Eine österreichische Wirtschafts- und Industriepolitik sollte neue und alternative Technologien und die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte fördern.
- c) Österreich und seine Hauptstadt sollten in ihren Bemühungen, zu einem internationalen Zentrum zu werden, die Bewerbung um das UNO-Umweltschutz-Sekretariat konsequent verfolgen. Eine Mitarbeit an den Arbeitsvorhaben der UNO auf dem Gebiet des Umweltschutzes könnte die Aussichten Österreichs, Sitz der UNO-Umweltschutzorganisation zu werden, stark verbessern.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e:

- 1.) Sind Sie bereit, mit den innerstaatlichen Institutionen und mit der World Meteorology Organization Verhandlungen über die Errichtung einer Basisstation zur Überwachung atmosphärischer Langzeitwirkungen in Österreich aufzunehmen?
- 2.) Sind Sie bereit, die Übernahme der Kosten für den Bau wenigstens einer der 100 geplanten regionalen Überwachungsstationen durch Österreich im Ministerrat vorzuschlagen und anzuregen, eine solche Station der UNO zur Übergabe an ein Entwicklungsland zu widmen?